



## **Ausschussmitglieder**

Frau Elke Lentz	SPD	entschuldigt
Frau Franziska Schneider	Familienpartei	entschuldigt
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Jan Wendt	Die Andere	entschuldigt

## **stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Stefan Becker	FDP	entschuldigt
Herr Björn Teuteberg	FDP	entschuldigt

## **sachkundige Einwohner**

Frau Jacqueline Krüger	FDP	entschuldigt
Herr Andreas König	Behindertenbeirat	entschuldigt
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Horst Siebenhaar	Seniorenbeirat	nicht teilgenommen
Frau Carola Walter	BürgerBündnis	entschuldigt

### Gäste:

Herr Schenke (Bereich Verwaltung, Finanzmanagement)  
Herr Volkmann (Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung)  
Herr Böhme (SWP)  
Niederschrift: Frau Kropp

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 04.06.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
  
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Änderung der Fernwärmesatzung  
Vorlage: 13/SVV/0215  
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP  
HA
  
  - 3.2 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2010 und

Entlastung des Oberbürgermeisters  
Vorlage: 13/SVV/0315  
Oberbürgermeister; Servicebereich Finanzen und Berichtswesen  
alle Fachausschüsse und Ortsbeiräte

- 3.3 Buslinien 605 und 606  
Vorlage: 13/SVV/0323  
Fraktion Potsdamer Demokraten  
und OBR Golm und Eiche
  
- 3.4 Untersuchung Regio-Stadtbahn Potsdam  
Vorlage: 13/SVV/0331  
Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen  
HA
  
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
  
- 4.1 Verständigung zu den weiteren Sitzungsterminen des KOUL-Ausschusses im  
Jahr 2013 nach Wechsel des zuständigen Beigeordneten aufgrund von Struk-  
turveränderungen
  
- 5 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Heuer eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Ent- scheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öf- fentlichen Teils der Sitzung vom 04.06.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße  
Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 11  
stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfä-  
hig.

### **Bestätigung der Niederschrift vom 04.06.2013**

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 04.06.2013 bittet Herr Jäkel um Korrektur an zwei Stellen:

Auf Seite 8 ist die Überschrift des Absatzes zu berichtigen in: Abstimmung über die von Herrn Jäkel vorgeschlagene Änderung in der Begründung (Anlage 2, Seite 3).

Auf Seite 10 ist der Antragsteller zu ergänzen sowie Änderung Herr Jäkel in der Begründung.

Herr Jäkel erläutert dazu, dass die vorhandene Überschrift Seite 8 sinnentstellend war. Bei allen übrigen Antragstellern waren diese genannt, daher diese Richtigstellung in der Systematik.

Herr Menzel bittet um eine Korrektur auf S. 11, vorletzten Absatz:

"Herr Menzel weist darauf hin, dass im Nordteil zwei Wege entstehen sollen. Einer am Ufer, der laut B-Plan nur für Fußgänger vorgesehen ist und einer am Hangsaum, der dann für Radfahrer und Fußgänger geplant werden soll.

Das Grünflächenamt will nach Angabe des Entwicklungsträgers auch den unteren Weg befahren können. Herr Menzel bittet zur prüfen, ob dies wirklich notwendig ist, da anlässlich der Begehung mit dem Naturschutzbeirat einvernehmlich ein möglichst schmaler Weg im Uferbiotop als anstrebenswert erachtet wurde."

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt Zustimmung zur Aufnahme der v.g. Änderungen.

Weitere Hinweise gibt es nicht; die entsprechend geänderte Niederschrift wird mit 6 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung teilt der Ausschussvorsitzende mit, dass zum TOP 3.3 Antrag 13/SVV/0323 der Ortsbeirat Eiche noch nicht votiert hat und deshalb gebeten worden, den Antrag um eine Sitzung zurück zu stellen.

Weitere Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche werden nicht vorgebracht, die entsprechend **geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.**

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 Änderung der Fernwärmesatzung**

##### **Vorlage: 13/SVV/0215**

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

HA

Herr Heuer bringt den Prüfauftrag ein.

Herr Böhme (Stadtwerke Potsdam) gibt anhand einer Präsentation umfangreiche Erläuterungen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen, den Konsequenzen der Öffnung der Fernwärmesatzung, den technischen Gegebenheiten, zur Vergleichsrechnung CO<sup>2</sup>-Emissionen und zu den Folgeschritten einer Weiterentwicklung der Fernwärme in Potsdam (die Präsentation wird dem Protokoll als

Anlage beigefügt).

Auf einzelne Hinweise und Nachfragen verschiedener Ausschussmitglieder gehen Herr Böhme und Herr Schenke (Bereich Verwaltung/Finanzmanagement) ein.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Auswirkungen eine Änderung der Fernwärmesatzung der Stadt Potsdam hat, mit dem Ziel der Aufhebung des Anschluss- und Benutzungszwangs für Gebäude mit dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung im Fernwärmevorranggebiet, die bei gleicher Wärmebereitstellung zu einer niedrigeren nachgewiesenen CO<sub>2</sub>-Emission führen. Dabei sind sowohl die Kohlendioxidminderungspotenziale als auch die wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Betrieb des Fernwärmenetzes sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen zu untersuchen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	5
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	2

**zu 3.2 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2010 und Entlastung des Oberbürgermeisters**

**Vorlage: 13/SVV/0315**

Oberbürgermeister; Servicebereich Finanzen und Berichtswesen  
alle Fachausschüsse und Ortsbeiräte

Herr Klipp informiert hinsichtlich der Einbringung der Vorlage, dass sich die Beratung in den Fachausschüssen nur auf den Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Fachausschusses beziehen kann. Durch den Fachbereich Finanzen und Berichtswesen wurde mitgeteilt, dass dieser sich ausschließlich auf die Diskussion in den Ausschüssen mit übergreifender Zuständigkeit (Finanzausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss und Hauptausschuss) vorbereiten und diese begleiten wird.

Herr Klipp unterbreitet das Angebot, Fragen der Ausschussmitglieder aufzunehmen und mit dem Protokoll zu beantworten.

Seitens der Ausschussmitglieder besteht kein Nachfragebedarf.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vom Oberbürgermeister festgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 in der vorliegenden Fassung (Anlage 1). Der Jahresabschluss weist in der Ergebnisrechnung einen Gesamtfehlbetrag von € -7.229.388,65 sowie in der Finanzrechnung einen Saldo aus Ein- und Auszahlungen an eigenen Zahlungsmitteln von € 2.250.190,00 sowie einen Saldo aus Ein- und Auszahlungen an fremden Zahlungsmitteln von € -2.394.964,52 aus.
2. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt darüber hinaus alle im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten bekannt gewordenen unabweisbaren über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2010 (Anlage 2). Die Unabweisbarkeit wurde durch das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Jahresabschlussprüfung bestätigt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2010 (Anlage 3) zur Kenntnis.
4. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt alle im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2010 erforderlichen Mittelentsperrungen in den Aufwendungen und Auszahlungen zur Gewährleistung der Deckung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen (Anlage 5)
5. Dem Oberbürgermeister wird, entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes, nach § 82 Absatz 4 BbgKVerf uneingeschränkte Entlastung für das Haushaltsjahr 2010 erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

**zu 3.3**     **Buslinien 605 und 606**  
**Vorlage: 13/SVV/0323**  
Fraktion Potsdamer Demokraten  
und OBR Golm und Eiche

Vertagt auf die nächste Sitzung – sh. Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 3.4**     **Untersuchung Regio-Stadtbahn Potsdam**  
**Vorlage: 13/SVV/0331**  
Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen  
HA

Herr Heuer bringt den Antrag ein. Hinsichtlich der Umsetzung regt Herr Heuer an, nach jeder Stufe zunächst einen Zwischenbericht abzuwarten und dann bei entsprechenden Erfolgsaussichten die nächste Stufe zur Entscheidung vorzulegen.

Herr Volkmann (Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) befürwortet die Anregung von Herrn Heuer, die Beschlussfassung stufenweise vorzunehmen. Bzgl. der 1. Stufe ist zu prüfen, welche Voraussetzungen für die 2. Systembahn erforderlich sind, wie Veränderungen am Gleiskörper Potsdam etc. Dies erfolgt in enger Abstimmung mit dem Kreis Potsdam-Mittelmark und war bereits Bestandteil von Gesprächen, in denen Vorbehalte geäußert worden sind. Nach Kenntnis des Prüfergebnisses zur 1. Stufe, bei der auch die technischen Randbedingungen und ihre Auswirkungen auf Potsdam dargestellt werden, sollte beurteilt werden, ob es sinnvoll ist in die 2. Stufe zu gehen.

Herr Dr. Gunold hält die vertiefenden Untersuchungen für nicht erforderlich, da sie bereits an anderer Stelle vorgenommen worden sind. Aussagen zur Höhe der finanziellen Auswirkungen sind im Antrag nicht getroffen worden.

Herr Naumann befürwortet den Antrag, da er auf die Verbesserung des Angebotes vom Umland ohne Umstieg in die Stadt Potsdam zu kommen, abzielt. Eine ganze Reihe von Städten, wie z.B. Karlsruhe haben ein solches System bereits entwickelt. Hier lagen Untersuchungen im Sinne dieses Antrages zugrunde. Weiterhin führt Herr Naumann auch Chemnitz an. Dort wurde ein Unternehmen City-Bahn gegründet, bei dem Landkreise Gesellschafter sind. Die mit dem Antrag gewünschten spezifischen Untersuchungen hält Herr Naumann für notwendig.

Herr Jäkel verweist auf den Halt vorhandener Regionalzüge. Dies ist eine naheliegende Lösung, ohne zusätzliche Gelder zu benötigen. Herr Jäkel steht einer Vorprüfung nicht grundsätzlich entgegen. Er macht jedoch aufmerksam, dass die Trassenbelegung bereits jetzt relativ hoch sei. Eine zusätzliche Belegung sei problematisch. Seines Erachtens sei die Prüfung niederschwellig besser.

Herr Dr. Bauer spricht sich auch für eine niederschwellige Herangehensweise aus.

Herr Heuer bestätigt auf Nachfrage, dass Gesamtzielstellung des Antrages die Vereinfachung des Umstiegs sei.

Herr Volkmann betont, dass technische Details wie Antriebssysteme, Bahnsteighöhen, Wagenkastenbreiten, Gleisabstände, besser durch einen Fachmann (z.B. ViP, Herr Glaser) erläutert werden müssten. Der Kosten-Nutzen-Vergleich sei zu berechnen.

Herr Volkmann berichtet, dass der Landkreis bzgl. der Regio-Stadtbahn im Vorfeld seiner gegenwärtig laufenden Aktualisierung des Verkehrsentwicklungsplanes Potsdam-Mittelmark festgestellt hat, dass die Nutzen-Kosten-Effekte für die Relation Beelitz – Rehbrücke nicht günstig genug sind, dass die dafür notwendige

Investition empfohlen werden kann.

Zur offenen Frage der Kosten der Untersuchung Zweisystembahn Potsdam-Beelitz (lt. Herrn Gunoldt ca. 1/2 Mio €) teilt die Verwaltung mit dem Protokoll mit: Die Untersuchung wurde 2008 durchgeführt hat ca. 30.000 € gekostet. Dabei wurde mit dem Landkreis PM eine hälftige Kostenteilung vereinbart.

Herr Naumann teilt mit, dass sich der Verkehrstisch Potsdam Land am 24.6. damit beschäftigt hat und dieses Vorgehen empfiehlt. Ggf. sollte eine Exkursion nach Chemnitz durchgeführt werden.

Herr von der Osten-Sacken regt an, die Modelle aus anderen Städten, wie Karlsruhe od. Chemnitz im Ausschuss durch Herrn Glaser vorstellen zu lassen.

Der Ausschussvorsitzende unterbreitet den Vorschlag heute im KOUL-Ausschuss das Votum zur Prüfung der 1. Stufe abzugeben mit der Bitte um Berichterstattung im Januar 2014.

Dies wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung geänderte Formulierung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens die Möglichkeiten einer Erweiterung des Potsdamer SPNV Netzes durch die Nutzung der Zweisystemtechnik prüfen.

I. Stufe:

Vor der Beauftragung der Untersuchung ist über mögliche Streckenführungen und Prüfinhalte eine gemeinsame Auffassung mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark zu entwickeln.

Zu diesem Zweck werden Oberbürgermeister und Vorsitzender der SVV gebeten, mit Landrat und Kreistagsvorsitzendem von Potsdam-Mittelmark Kontakt aufzunehmen, um in gemeinsamen Sitzungen von Hauptausschuss und Stadtentwicklungsausschuss das Projekt Regio-Stadtbahn Potsdam zu beraten.

Alle von der Planung betroffenen Gemeinden sind im Vorfeld der Untersuchung in geeigneter Form von den Plänen zu informieren.

**Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2014 vorzulegen. Das Prüfergebnis zur 1. Stufe bietet die Basis zu entscheiden, ob die weiteren Stufen verfolgt werden sollen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

**zu 4 Mitteilungen der Verwaltung**

#### **zu 4.1 Verständigung zu den weiteren Sitzungsterminen des KOUL-Ausschusses im Jahr 2013 nach Wechsel des zuständigen Beigeordneten aufgrund von Strukturveränderungen**

Der Ausschussvorsitzende dankt den Ausschussmitgliedern für ihr heutiges Erscheinen. Die heutige Verständigung zu den weiteren Sitzungsterminen ist erforderlich, um zu ermöglichen, dass der jetzt fachliche zuständige Beigeordnete, Herr Klipp, an den Sitzungen des KOUL-Ausschusses teilnehmen kann.

Herr Klipp erläutert, dass die Terminkollision mit den Sitzungen des KOUL-Ausschusses jeweils am Donnerstag ausschließlich familiäre Hintergründe hat und bittet zu überlegen, ob die Einordnung künftig dienstags erfolgen könnte.

Herr Dr. Bauer berichtet, dass die Fraktion Die Andere nur aus 3 Mitgliedern besteht und die Verteilung der Teilnahme an den Ausschüssen entsprechend Sitzungskalender festgelegt worden ist. Bei Herrn Wendt wäre die Teilnahme an einem Dienstag aufgrund familiärer Verpflichtungen nicht möglich.

Von Seiten mehrerer Ausschussmitglieder wird zu Bedenken gegeben, dass an den vorgeschlagenen Ausweichterminen dienstags jeweils entweder zeitgleich der Bildungs- und Sportausschuss bzw. der OBR Groß Glienicke tagt. Auch dies müsse berücksichtigt werden, da dadurch für einzelne Ausschussmitglieder terminliche Überschneidungen entstehen.

Herr Dr. Bauer wird sich nochmals mit seiner Fraktion beraten und der Ausschussbetreuerin bis zum Ende dieser Woche mitteilen, ob eine andere Lösung gesehen wird.

Nach weiterer Verständigung stimmt der KOUL-Ausschuss mit 7/2/0 Stimmen dafür, Herrn Schüler folgende KOUL-Ausschusssitzungstermine bis Ende 2013 vorzuschlagen:

17.09.2013 (geändert auf Dienstag)  
17.10.2013 (bleibt gemäß Sitzungskalender)  
19.11.2013 (geändert auf Dienstag)  
19.12. 2013 (bleibt gemäß Sitzungskalender)

Die Ausschussbetreuerin wird dem Vorsitzenden der STVV, Herrn Schüler, darüber schriftlich informieren, so dass eine Entscheidung gefällt werden kann.

Frau Lenz hat im Nachgang der Sitzung ebenfalls ihre Zustimmung zu dem gefundenen Kompromiss gegeben.

#### **zu 5 Sonstiges**

Herr Menzel spricht den Beschluss zur Entwicklungsmaßnahme Kasernengelän-

de Krampnitz und die dazu von ihm vorgenommene Akteneinsicht an. Er bittet in der nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses um eine Berichterstattung zu den verkehrlichen Untersuchungen.

Herr Klipp teilt mit, dass Inhalte der Akteneinsicht im KOUL-Ausschuss nicht thematisiert werden. Er verweist vielmehr auf den klaren Beschluss der STVV, welcher eine vierteljährliche Berichterstattung vorschreibt. Diese befindet sich im Geschäftsgang.

Herr Menzel äußert sich einverstanden.